

Die Entstehung der EKD

8 – 4H Fact-Sheet von Johannes Vorländer, Quellen: Wallmann, 278-291.

Das Ende der nationalsozialistischen Diktatur 1945 war für die deutsche Kirchengeschichte ein epochaler Einschnitt. Besonders die äußere Gestalt des Protestantismus veränderte sich. Bereits nach 1918 war die staatskirchliche Form, das Landesherrliche Kirchenregiment, zerbrochen. Nach 1945 brachen mit den abgetrennten Ostgebieten mehr als ein Drittel des Ausbreitungsgebietes der ev. Kirche weg. Die protestantische Kirche verlor ihre - seit dem frühen 19. Jh. bestehende - Vormachtstellung. Durch die 40jährige staatliche Trennung Deutschlands (1949-1990) war der Protestantismus in zweifacher Hinsicht betroffen:

- 1.) Erstmals in der neueren dt. Geschichte befand sich der Katholizismus gegenüber dem Protestantismus nicht mehr in der Minderheit; es entstand ein ungefähres Gleichgewicht zwischen der ev. und kath. Konfession.
- 2.) In der DDR wurde der Protestantismus durch das totalitäre System zurückgedrängt. Der Protestantismus erkannte das staatliche System an und behauptete als ‚Kirche im Sozialismus‘ seinen gesellschaftlichen Platz, konnte den kontinuierlichen Mitgliederschwund jedoch nicht aufhalten.

Die Neuordnung der Kirchenverfassung

Die meisten Landeskirchen waren seit 1933 zerstört. Mit Kriegsende ergab sich die Notwendigkeit des kirchlichen Neuaufbaus. Zwei Positionen standen sich gegenüber: Die Bekennende Kirche um *Martin Niemöller* plädierte für einen völligen Neubau einer durch Bruderräte geleiteten bekennenden Gemeindekirche auf Grundlage der Barmer Theologischen Erklärung. Den konfessionellen Lutheranern ging es um die Bildung einer auf der Grundlage der lutherischen Bekenntnisschriften stehenden Lutherischen Kirche, wobei die Unionen aufgelöst und die Reformierten marginalisiert werden sollten.

Im August **1945** berief *Theophil Wurm* die ev. Kirchenführer zu einer **Konferenz in Treysa** zusammen. Man einigte sich auf eine Lösung, bei der an der Einheit der ev. Christenheit über die innerprotestantischen Konfessionsgrenzen hinweg festgehalten, den bestehenden Landeskirchen mit ihren unterschiedlichen Strukturen und Bekenntnisgrundlagen jedoch viel Freiheit gewährt wurde, so dass es zu einer Renaissance des Landeskirchentums kam. Die **EKD** ‚Evangelische Kirche in Deutschland‘ wurde geschaffen und löste die DEK von 1933 ab. Die EKD gab sich **1948 in Eisenach** eine **Grundordnung**, in der sie sich als ‚**Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen**‘ definierte, in dem ‚die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sichtbar‘ wird. Die lutherischen Gliedkirchen schlossen sich **1948 zur VELKD** ‚Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands‘ zusammen. Sie erkannten der EKD wegen unterschiedlichen Bekenntnisgrundlagen den Charakter einer Kirche nicht in vollem Sinn zu. Dennoch ist die EKD im öffentlichen Bewusstsein die kirchliche Form des deutschen Protestantismus.

Organisation und Struktur der heute 25 Gliedkirchen umfassenden EKD

Die EKD regelt als Vertretung der ev. Christenheit Deutschlands die Außenbeziehungen zu Staat und Gesellschaft, weithin auch die ökumenischen Beziehungen. Leitende Organe der EKD sind die Synode und der fünfzehnköpfige Rat der EKD. Der Ratsvorsitzende ist Sprecher des deutschen Protestantismus.

Das neue Verhältnis von Kirche und Staat

Anders als nach dem 1. Weltkrieg bei der Gründung des Kirchenbundes ging nach dem 2. Weltkrieg die Gründung der EKD der Staatsgründung voraus. Nach Kriegende gab es zunächst nur noch die Kirchen, aber keinen Staat. Die Kirche gelangte zu neuem Selbstbewusstsein und Ansehen seitens des neu entstehenden Staates. In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland wurde eine neue Regelung des Staats-Kirchen-Verhältnisses umgangen, indem die Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung unverändert in das Grundgesetz übernommen wurden. Dieses - eine strikte Trennung von Kirche und Staat vermeidende - System der Kooperation von Kirche und Staat wurde zu einem partnerschaftlichen Verhältnis weiterentwickelt. Mit der Zeit verbesserte sich die Lage der Kirchen weiter (z.B. Löcherer Vertrag 1955), so dass die öffentlich-rechtliche Stellung der Kirchen in Deutschland heute gesicherter als je zuvor ist. Die unkritische Staatsnähe, die der ev. Kirche aus der Tradition des landesherrlichen Kirchenregiments und eines vermeintlich lutherischen Obrigkeitsgehorsams nach Röm 13 eigen gewesen war, wurde überwunden.

Das neue Gesicht des deutschen Protestantismus

Ein „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“ der Konferenz von Treysa 1945 erklärte, dass die Protestanten weit stärker als bisher „auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft“ einwirken sollten. Mit der ‚Stuttgarter Schulderklärung‘ bekannte sich die EKD zur ‚Solidarität der Schuld‘ mit dem deutschen Volk, 1950 folgte ein „Wort zur Schuld an Israel“, 1961 wurde eine Arbeitsgruppe „Juden und Christen“ eingerichtet. Eine wichtige Aufgabe sah man in der Überwindung der staatlichen Teilung Deutschlands. 1969 wurden die östlichen Landeskirchen in der DDR von der EKD getrennt. Evangelische Akademien wurden seit 1945 zum Zwecke der Rechristianisierung eröffnet. Der ‚Deutsche Ev. Kirchentag‘ wurde 1949 unter *Thadden-Trieglaff* in völlig neuer Form als Laienbewegung geöffnet. 1957 wurden das ‚Ev. Hilfswerk‘ und die ‚Innere Mission‘ zum ‚Diakonischen Werk der EKD‘ vereinigt.